Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Jahrgang 1931 — Breslau, den 31. Oktober 1931 — Nummer 10

Der Kampf geht weiter

Der Stand der Lohnkämpfe — Industriebarone beraten — Man gibt der Reichsregierung „Ratschläge" — „Anpassung der Erzeugungskosten an den verschärften internationalen Wettbewerb"

Man muß schon scharf aufpassen, wenn man sich jetzt durch die Lohnkämpfe hindurchfinden will. Man muß unterscheiden zwischen den Reichsbahnarbeitern, den allgemeinen Reichsarbeitern, den Reichspostarbeitern und den Gemeindearbeitern. Alle diese vier Gruppen stehen gegenwärtig im Lohnkampf.

Vorgestern ist von dem vom Reichsarbeitsminister eingesetzten Sonderschlichter in dem Lohnkonflikt der Reichsarbeiter ein Schiedsspruch gefällt worden, der die Löhne der Reichsarbeiter nochmals um 4½ Prozent senkt.

Die Reichsbahn hat den Schiedsspruch abgelehnt, der die bisherigen Löhne der Reichsbahnarbeiter bis nach der Entscheidung über die Löhne der Reichsarbeiter wieder in Kraft setzt.

Die Verhandlungen über die Erneuerung des Lohntarifs der Reichspostarbeiter, die gestern stattfanden, sind gescheitert. Der Vertreter des Reichspostministeriums hielt an dem Abbau der Löhne entsprechend der Kannvorschrift der Notverordnung fest. Das Reichspostministerium wird den Schlichter anrufen.

Gescheitert sind gleichfalls die Lohnverhandlungen für die Gemeindearbeiter, die auch gestern stattfanden. Am Ende der sehr langwierigen Verhandlungen erklärten die Vertreter der Gemeinden, daß an dem Lohnkonflikt nicht die Gemeinden, sondern das Reich die Schuld trage. Das Reich dränge darauf, daß ein nochmaliger Lohnabbau vorgenommen werde, andernfalls würden den Gemeinden die Mittel zur Ausbalancierung des Haushalts verweigert werden.

Der Schiedsspruch gegen die Reichsarbeiter hat deswegen besondere Bedeutung, weil er das Vorbild für den Lohnabbau bei den Gemeindearbeitern, Postlern und Eisenbahnern darstellt. Die Reichspostdirektion hat bereits einen Lohnabbau von 4½ Prozent gefordert. Wenn auch einstweilen die Lohnverhandlungen ausgesetzt wurden, so besteht doch kein Zweifel, daß nach dem Schiedsspruch gegen die Reichsarbeiter auch sehr rasch ein Schiedsspruch für die anderen Arbeiter in Gemeinde- und öffentlichen Betrieben erfolgt. Bei den Gemeindearbeitern besonders besteht auf Grund der Notverordnung vom 16. Juni die Gefahr, daß ihre Löhne an die niedrigen Sätze der Reichsarbeiter ohne weiteres angeglichen werden. Es ist darum Aufgabe der Reichsarbeiter, Gemeindearbeiter, Eisenbahner und Postarbeiter, im gemeinsamen Kampf jeden Pfennig Lohnabbau abzuwehren.

Bei der Privatindustrie verhält man sich zunächst abwartend. Die Lohnverhandlungen können hier nicht, wie bei den öffentlichen Arbeitnehmern, von den Bestimmungen der Notverordnung ausgehen, sondern bei der Privatwirtschaft will man den Maßstab für weitere Lohnsenkungen abwarten, den der Wirtschaftsbeirat feststellen soll. Bei den Lohnkämpfen in der Privatwirtschaft ist also mit einer provisorischen Verlängerung der Tarife solange zu rechnen, bis eine Entscheidung im Wirtschaftsbeirat gefallen ist.

Berlin, 30. Oktober. Das Präsidium des **Reichsverbandes der deutschen Industrie** trat am Donnerstag zum ersten Mal unter dem Vorsitz des **Herrn Krupp von Bohlen und Halbach** zu einer Sitzung zusammen.

Unter anderem erklärte der Referent dieser Sitzung, Herr **Geheimrat Dr. Kastl: „Es sei ebenso wichtig, endlich die Grundlagen für eine Anpassung der deutschen Erzeugungskosten an den insbesondere durch das Vorgehen Englands verschärften internationalen Wettbewerb zu schaffen, wie zu einer Beseitigung der internationalen Kreditkrise und zu einer Wiederherstellung der internationalen Währungsstabilität zu gelangen."**

Zu Deutsch: „Prolet erst mußt du bluten — wir werden dann schon die Wirtschaft wieder auf die Beine bringen!

Und der langen Beratung kurzer Sinn?

„Das engere Präsidium des Reichsverbandes wurde beauftragt, die maßgebenden amtlichen Stellen erneut mit allem Nachdruck auf den Ernst der Lage hinzuweisen, der schleunigstes positives Handeln erfordert. Daraufhin hat bereits am Freitag vormittag eine Besprechung mit dem Reichswirtschaftsministerium stattgefunden, an der Krupp von Bohlen, Frowein, Dr. Silverberg, Hans Kraemer, Geheimrat Dr. Kastl und Dr. Herle teilnahmen.

Die verordnete Ruhe und Ordnung

Kurt Oppler

Je näher der Winter heranrückt und je mehr die Zahl der Erwerbslosen steigt, um so größer wird auch die Furcht der Reichsregierung, daß es im Winter zu einer Verletzung der Sicherheit und Ordnung, zu einer Gefährdung des ganzen staatlichen Systems kommen könnte. Den Notverordnungen, die seit dem vergangenen Jahre unablässig gleichsam am laufenden Bande erlassen worden sind, gesellen sich immer mehr diejenigen zu, die sich nicht mehr mit der Stützung der Finanzen und der Wirtschaft, sondern mit der „Bekämpfung politischer Ausschreitungen" befassen. In der Arbeiterschaft werden diese Notverordnungen mit immer größerem Befremden, mit immer stärkerem Entsetzen aufgenommen. Nachdem schon das Republikschutzgesetz durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts vor allem gegen die Arbeiterklasse Anwendung gefunden hat und nachdem man eigentlich mit dem bestehenden Gesetz zur Genüge ausgekommen wäre, geht man jetzt immer stärker zu einer Drangsalierung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie der Pressefreiheit über.

In der Notverordnung vom 7. Oktober 1931 ist ein besonderes Kapitel den „Sondergerichten" gewidmet. Schon Genosse Rosenfeld hat darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Gerichten — um nicht in eine Kollision mit dem Wortlaut des Artikels 105 der Reichsverfassung zu kommen, der die Unzuverlässigkeit der Ausnahmegerichte vorschreibt — in Wirklichkeit um reine Ausnahmegerichte handelt. Nach den Erfahrungen, die man vor allem mit dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gemacht hat, ist damit zu rechnen, daß sich diese Gerichte vor allem gegen die Ausschreitungen von links richten werden, während auf der anderen Seite die Terrorakte der Nationalsozialisten ständig zunehmen. Bei diesen Sondergerichten fällt eine Instanz fort und der Angeklagte, der bisher in drei Instanzen sein Recht suchen konnte, hat in Wirklichkeit jetzt nur noch eine Tatsacheninstanz und die Revisionsinstanz. Nicht einmal ein erweitertes Wiederaufnahmeverfahren gegen rechtskräftig abgeschlossene Urteile dieser Gerichte ist vorgesehen

Im Presserecht werden auch noch die letzten Lücken, die sich irgendwo in Gesetzgebung und Rechtsprechung gefunden, um eine nicht genehme Zeitung erscheinen zu lassen, geschlossen. Der ganze VII. Teil der Notverordnung ist so gegliedert, daß über die Hälfte dieses Teils der Presse gilt. Unter der Monarchie standen der Presse bei weitem größere Freiheiten zu als jetzt. **Der jetzige Zustand ist nur noch mit der Zeit des verschärften Belagerungszustandes zu vergleichen.** Die Pressefreiheit als ein absolutes Gut und eine Forderung der Arbeiterbewegung ist verloren gegangen.

Es soll kein Wort dagegen gesagt werden, daß man zum Teil gegen Presseorgane einschreitet, die in der gemeinsten Weise zu Gewalttätigkeiten aufhetzen oder die in der wüstesten Form Beschimpfungen verbreiten. Dazu braucht man aber nicht die Bestimmungen dieser Notverordnung. Selbst ein so bürgerliches Organ wie die „Vossische Zeitung" nennt die Bestimmungen der neuen Notverordnung ein lückenloses Presseverfilzungs- und Presseunterdrückungsrecht. Man steht vor allem deshalb machtlos diesen Deutungen gegenüber, weil die Notverordnung mit Kautschukbegriffen arbeitet, die man stets nur dann angewendet hat, wenn nicht die Möglichkeit einer ordnungsgemäßen Fassung und Formulierung gegeben war. Mit besonderer Rücksichtslosigkeit geht man gegen die Umgehung von Zeitungsverboten vor. Wenn z. B. in Breslau eine Zeitung aus irgend einem, vielleicht sogar berechtigten Grunde verboten wird, und der Breslauer Verlag sendet an seine Leser, um sie auf dem Laufenden zu halten, beispielsweise eine Liegnitzer Zeitung, dann kann, selbst wenn die Liegnitzer Zeitung noch so einwandfrei ist, auch die Liegnitzer Zeitung verboten werden, nur um den Lesern des Breslauer Organs verständlich zu machen, daß sie nicht das Recht haben irgend eine Meinung zu hören. Man hat zwar die Möglichkeit, beim Reichsgericht Beschwerde dagegen einzulegen,

Klassenjustiz in Polen

Der Brester Prozeß

Warschau. Im Prozeß gegen die Brester politischen Gefangenen erklärte der Abgeordnete Prager, man müsse endlich die Legende zerstören, daß Pilsudski Polen einen demokratischen Organismus gegeben und das Parlament geschenkt hätte, und daß er nun, weil der Sejm sich undankbar erwiesen, das Geschenk zurückzöge. Als Polen die Freiheit wiedererlangt hatte, besaß es weder Grenzen, noch Frieden, noch Militär, die polnische sozialdemokratische Partei und die bäuerlichen Parteien hätten die aus dem Osten kommende Gefahr neutralisiert. RA. Nowodworski beschwerte sich darüber, daß verschiedene Zeitungen beschlagnahmt worden seien, weil sie Berichte über den Prozeßverlauf veröffentlicht hatten, die sich mit der Wahrheit decken.

Nun sprach der Angeklagte Abgeordneter Ciolkosz, ebenfalls von der Sozialdemokratischen Partei. Er sagte, daß in diesem Prozeß nicht die elf Personen auf den Anklagebänken sitze, sondern daß die ganze Sozialdemokratische Partei Polens in den Anklagezustand versetzt worden sei. Die Behauptung, er hätte in Berlin eine Rede gehalten, die Polen großen Schaden zugefügt haben soll, weise er mit Entrüstung zurück. Er habe im Kriege oft dem Tode ins Auge gesehen, aber das, was er im Brester Gefängnis durchgemacht habe . . . Hier wird er vom Gerichtsvorsitzenden unterbrochen, der erklärt, daß Brest mit dem gegenwärtigen Prozeß nichts zu tun und auf diesen auch keinen Einfluß habe. Darauf entgegnet Ciolkosz: **„Wo soll man denn in Polen die Gerechtigkeit suchen, wenn man sie im Gericht nicht finden kann?"** Der Vorsitzende entzieht ihm darauf das Wort. Große Bewegung unter den Angeklagten und den Verteidigern.

Severing contra SPD.

Die schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlichte folgende sensationelle Meldung:

„Reichswehrminister Dr. Groener hat gegen eine Anzahl von Blättern, die wegen des bekannten Berichts über die nationalsozialistische Kundgebung in Braunschweig Angriffe gegen den Standortältesten der Reichswehr, Oberst Geyer, erhoben hatten, Strafantrag gestellt.

Es handelt sich in diesem Fall natürlich vorwiegend um Blätter der Linken, die teilweise in schärfster Tonart versucht hatten, den Bericht des Obersten Geyer in Zweifel zu ziehen und die Reichswehr in die innenpolitische Auseinandersetzung wegen der Braunschweiger Tagung zu verwickeln.

Reichswehrminister Dr. Groener will außerdem den preußischen Innenminister Severing auf die in Frage kommenden Blätter besonders hinweisen."

Was also ein Reichswehroberst aussagt, das ist „tabu" für Journalisten der Linkspresse. Da darf nicht angezweifelt werden — auch wenn Augenzeugen vorhanden sind.

Der preußische Innenminister Severing wird demnach eine Liste derjenigen Zeitungen vorgelegt bekommen, gegen die ein Strafverfahren gefordert wird. Severing wird also wahrscheinlich auch den Staatsanwalt gegen das Zentralorgan der SPD., den „Vorwärts", in Bewegung setzen müssen. Oder . . .

Morgen Sonntag, den 1. November

erscheint zum ersten Mal die achtseitige

SAZ

als Morgenzeitung

Da die SAZ täglich außer Montag erscheint, wird von jetzt ab dafür die „Fackel" immer am Montag erscheinen.

bis dahin vergeht aber so viel Zeit, daß praktisch das Verbot seine Bedeutung voll erreicht hat. Dazu kommt, daß im wesentlichen die Zuständigkeiten nicht beim Richter, sondern dem Verwaltungsapparat und damit zum größten Teil den Polizeiorganen sind, in deren freiem Ermessen somit auch endgültig das Presserecht steht.

Die Arbeiterschaft kämpft seit Jahren darum, daß die Mindeststrafe sowohl im geltenden, wie im kommenden Strafgesetzbuch beseitigt wird. **„Wer aber jetzt eine verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bedroht und diese geringfügige Strafe wird noch durch die allgemeine Norm des Strafgesetzbuches dahin ergänzt, daß die Strafe bis zu 5 Jahren Gefängnis sein kann,** wozu auch auf sehr hohe Geldstrafe erkannt werden kann. Jetzt soll auch bei ehrenhafter Gesinnung statt auf Festung auf Gefängnisstrafe erkannt werden können und damit ist das Recht des Überzeugungstäters auf Festungshaft beseitigt.

Bisher konnten bei einem Pressedelikt nur die Personen, die irgendwie mit dem Delikt in Berührung standen, bestraft werden. Diese Bestrafung ist nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts stets bis zum letzten Kolporteur und Setzerlehrling ausgedehnt worden. Da noch eine Lücke vorhanden war, geht man nunmehr auch **gegen Sachen vor:** man kann die Druckmaschinen, mit denen diese Schriften gedruckt worden sind, einziehen oder unbrauchbar machen.

Neue Strafverschärfungen sind weiter bei den sogenannten „illegalen Schriften" vorgesehen. Darunter fallen diejenigen, die durch Fortlassung des Vermerks des Druckers, Verlegers, Verfassers, Herausgebers oder verantwortlichen Redakteurs das Verbrechen des Hochverrats oder Vergehens gegen die Notverordnung begründen. Nunmehr können in diesem Falle auch alle die, die fahrlässig an einer Verbreitung solcher Schriften mitwirken, bestraft werden, wozu selbst jeder Setzer, Zeitungshändler, Kolporteur usw. gehören.

Diesen Bestimmungen folgt eine **Verschärfung des Lichtspielgesetzes.** Danach kann ein Film auf Antrag des Reichsinnenministers, der in Deutschland gleichzeitig der Wehrminister ist, für das Reich oder ein selbständiges Gebiet verboten werden, selbst wenn er vorher zugelassen war und außerdem kann ein Film verboten werden, wenn er lebenswichtige Interessen des Staates gefährdet. Darunter fallen wohl sämtliche Filme revolutionären Inhalts, selbst wenn sie bis jetzt ungehindert laufen konnten. In diesen Tagen ist bereits ein Film „Der arme Sünder" mit Kortner in der Hauptrolle verboten worden auf Grund dieser Notverordnung, woraus man bereits ersieht, wie weit diese Bestimmungen anwendbar sind.

Neuerdings können Sammelstätten staatsgefährlicher Betätigung geschlossen werden. Man hat dabei vor allem die sogenannten „Nazikasernen" im Auge gehabt, die besonders in Berlin großen Umfang angenommen haben. **Diese Räume können, wenn von ihnen aus eine Mehrheit von Personen Gewalttätigkeiten begangen hat, oder zu befürchten ist, daß sie sie begehen werden, geschlossen werden.** Heute richtet sich diese Bestimmung angeblich noch gegen Nationalsozialisten. Aber wer weiß, wann diese Bestimmung gegen Heime der Arbeiterschaft benutzt werden wird, etwa gegen SAJ.-Heime in Braunschweig oder gegen Kinderfreundeheime in Bayern. Denn wann ist nicht zu besorgen, daß in diesen Heimen evtl. mehrere Personen Sammelstätten für Gewalttätigkeiten haben können?

Schließlich sei noch auf die **Polizeihaft bei Waffendelikten hingewiesen.** Wer mit der Waffe in der Hand festgenommen wird bei einem Verbrechen oder Vergehen, das mit dieser Waffe begangen worden ist, kann unter Umständen bis zu seiner Aburteilung in Polizeihaft gehalten werden. Damit fallen alle Voraussetzungen des Haftprüfungsverfahrens, überhaupt alle Neuerungen der Strafprozeßordnung seit der sogenannten Höfle-Novelle fort.

Diese Bestimmungen, die zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dienen sollen und die sich immer stärker gegen die Arbeiterklasse auswirken, bedeuten eine außerordentliche Gefahr für die Arbeiterklasse. Wenn man dazu nimmt, daß Groener als Wehrminister zugleich Innenminister ist und wenn man sieht, wie die Machtmittel des Staates nach und nach in einer Hand vereinigt werden, dann gewinnt diese Gefahr noch an Umfang. Herr Groener hat in diesen Tagen dem Chefredakteur des W. T. B. gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er sich nicht scheuen wird, gegen Terrorakte und blutige Auseinandersetzungen von Volksgenossen im Notfalle drakonische Ausnahmebestimmungen des Reichspräsidenten zu erbitten. Anscheinend reichen ihm selbst die Befugnisse, die er mit der letzten Notverordnung erhalten hat, noch nicht aus. Der sozialdemokratische Innenminister Severing hat vor längerer Zeit in einer Rede gesagt, daß man in der Zeit der wirtschaftlichen Not mehr für grüne als für blaue Bohnen sorgen solle. Durch die Notverordnung hat man der Bevölkerung die grünen Bohnen nicht verschafft, es sieht so aus, als wenn man für die Massen der Hungernden nicht grüne, sondern blaue Bohnen bereit stellt.

Der Aufstand in Burma

London. Während in der letzten Zeit nur wenige Meldungen über den Aufstand in Burma durchdringen durften, erfährt man jetzt, daß die Aufständischen trotz britischer Truppen und Geschütze noch weiterkämpfen.

Es wird berichtet, daß die „Tigerarmee" der burmanischen Bauern in einem Kloster nächst Paungde in einen Hinterhalt geriet, und daß 15 Aufständische getötet, 15 verwundet und 16 gefangen genommen wurden. Der Führer der Armee war unter den Getöteten. Die Dorfbewohner helfen den Aufständischen auf jede Weise. In dem Kloster wurden 527 Rupien gefunden, die von den örtlichen Dorfbewohnern zur Unterstützung der Aufständischenarmeen gesammelt worden waren.

Die amtliche Mitteilung gibt auch bekannt, daß das Lager San Htus, eines der revolutionären Führer, letzte Woche überfallen wurde, und daß 5 Aufständische getötet und 2 gefangen genommen wurden. Es wird auch über eine Anzahl von Überfällen der Aufständischen auf Regierungsstationen berichtet, doch werden darüber Einzelheiten nicht gemeldet.

Kleine Feststellungen

Wir entnehmen dem „Anderen Deutschland", dem Blatt, das der SPD. so viel Kopfschmerzen bereitet hat, und das sie am liebsten hätte totknüppeln wollen, folgende zwei Notizen:

„Pfarrer Hoinka" abgesetzt

Auf der Harzburgtagung trat neben dem evangelischen früheren Hofprediger Dr. Döhring auch der bekannte „Divisionspfarrer" Dr. Hoinka auf, der dort als katholischer „Feldgeistlicher" fungierte. Dr. Hoinka ist berüchtigt durch seine allem wahren christlichen Geiste hohnsprechenden nationalistischen, kriegsverherrlichenden Reden.

Jetzt stellt sich heraus, daß Dr. Hoinka gar nicht mehr befugt ist, als katholischer Geistlicher aufzutreten und den Hitler- und Stahlhelmleuten durch Betonung seines Priesteramtes katholische Anhänger zuzutreiben. Das fürstbischöfliche Ordinariat in Breslau gibt nämlich auf Anfrage bekannt:

„Hierdurch beehre ich mich, mitzuteilen, daß Herr Dr. Hoinka, ehemaliger Divisionspfarrer ist, aber nicht mehr in kirchlichem Amte steht. Durch Decretum canonicum vom 22. Februar 1930 sind ihm — nicht aus politischen, sondern aus anderen schwerwiegenden Gründen — alle und jede priesterliche Funktionen untersagt."

Die Berufung Dr. Hoinkas beim Papst ist verworfen worden.

Ob das den Stahlhelm und die Nazis abhalten wird, weiter durch Beschäftigung Hoinkas als „Feldprediger" den Schein einer kirchlichen Weihe des kriegerischen Rummels vorzutäuschen, ist allerdings fraglich.

Rentenelend!

Eine alte Frau, Mutter eines im Kriege Gefallenen, infolge Krankheit ans Bett gefesselt, erhielt folgenden Bescheid:

„Änderungsbescheid.

Auf Grund des Erlasses des Herrn Reichsarbeitsministers v. 28. 8. 31 wird Ihnen vom 1. Oktober 1931 ab anstelle der bisherigen Elternbeihilfe von 20.50 Rm. monatlich nur noch eine solche in Höhe von 12 Rm. monatlich gewährt. Neben der Elternbeihilfe wird eine Zusatzrente nicht gewährt, weil sie schon bei der Berechnung der Elternbeihilfe berücksichtigt ist. Sie sind verpflichtet usw. usw. — Gegen diesen Bescheid ist ein Rechtsmittel nicht gegeben."

Ein Invalide in Berlin bekam neben seiner Invalidenrente von 55.85 Mk. monatlich noch eine sogenannte Sozialrente, und zwar:

bis April 1930	26.— Mk.
ab Mai 1930	24.50 „
ab November 1930	23.25 „
ab Februar 1931	18.25 „
ab Mai 1931	3.50 „

und im September 1931 bekam er folgenden Brief:

„Infolge Herabsetzung der Richtsätze beträgt ihre Sozialrenten-Unterstützung ab 1. Oktober 1931 monatlich 0.50 RM. Quittungen sind entsprechend auszufüllen.

Bezirkswohlfahrtsamt Mitte."

Ein ähnliches Herabsinken der Minister- und Generalspensionen oder der Abfindungen für ehemalige Fürsten konnte nicht festgestellt werden.

(Wir haben der Feststellung des „Anderen Deutschlands" nichts hinzuzufügen.)

Revolution in Brasilien

Pernambuco besetzt

London. In Pernambuco ist am Donnerstag eine Revolution ausgebrochen. Aus der Stadt werden heftige Kämpfe und Verluste unter der Bevölkerung gemeldet. Einzelheiten liegen noch nicht vor. Die Bewegung soll sich nach dem Süden ausdehnen. In verschiedenen Kreisen rechnet man mit der Errichtung einer Militärdiktatur. Ergänzend wird gemeldet, daß sich der Aufstand gegen die vorläufige Regierung des Präsidenten Vargas in Rio de Janeiro richtet. Trotz stärkster Zensur sind Meldungen durchgesickert, wonach es den Aufständischen gelungen sei, Pernambuco nach kurzem Kampf, der auf beiden Seiten mehrere Tote und Verwundete forderte, bereits zu besetzen.

Aus „besseren Kreisen"

Stuttgart. Kürzlich fand vor dem Stuttgarter Amtsgericht ein Prozeß unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt, der einen ungeheuren Skandal in jenen Kreisen ans Licht zog, die sich zu den sogenannten „besseren" Kreisen rechnen. Der Stuttgarter Ballonführer Eufina hat seine Wohnung Leuten mit „hochstehenden" Namen, wie eidlich in der Gerichtsverhandlung bekundet wurde, für sexuelle Orgien jahrelang zur Verfügung gestellt. Er wurde deshalb wegen fortgesetzter schwerer Kuppelei zu der lächerlich geringen Strafe von 150 Mark verurteilt.

Justiz in Holtenau

„Rheinland"-Kapitän stellt keinen Strafantrag

Kiel. Gestern ist in Holtenau der Hamburger Frachtdampfer „Rheinland" aus Leningrad angekommen, dessen Besatzung ebenfalls an dem Seeleutestreik beteiligt war. Als die Kriminalpolizei sich an Bord begab, um alle 23 Mann zu verhaften, erklärte der Kapitän, daß er keinen Strafantrag gegen die Mannschaft stelle, so daß die Staatsanwaltschaft die Besatzung wieder freilassen mußte.

Wie die Mannschaft der „Rheinland" berichtet, sei sie auf der Ostsee einige Tage zusammen mit dem Hamburger Dampfer „Stille See" gefahren. Die „Stille See" sei aber kurz vor der schleswig-holsteinischen Küste, also kurz vor dem Standort des Schnellgerichts, plötzlich umgekehrt und nach Leningrad zurückgefahren. Dieser Bericht hat großes Aufsehen erregt. Aus den Vorgängen der letzten Tage geht aber auch hervor, daß die Reedereien und die Schiffsoffiziere es in den meisten Fällen vorziehen, die Vorfälle nicht durch ein Gerichtsverfahren, sondern durch eine gütliche Einigung mit den Mannschaften zu „liquidieren".

Von Reederkreisen wird darauf hingewiesen, daß zahlreiche Schiffsmannschaften auf hoher See mit Wiederaufnahme des Streiks und Zurückwendung der Dampfer nach Leningrad gedroht hätten, woraufhin sich eine Reihe der Kapitäne zu dem Versprechen entschlossen hatte, keinen Strafantrag zu stellen.

Der Polyp

Eine Novelle von Fjodor Gladkow

9) Copyright Malikverlag

„Also Kowaliows Spione, Bruder. Er hat sie schön animiert, wie ein richtiger Ochranamann. Er versprach ihnen alle möglichen Herrlichkeiten: dem einen Beförderung, dem anderen Unabsetzbarkeit, dem dritten jegliche Garantien. Und so weiter und so weiter. Sie dagegen hinterbrachten ihm regelmäßig jede Kleinigkeit, meist Mängel in deinem Apparat, geringfügige Versehen; verschafften ihm Dokumente. Wann immer ich im Verband erscheine, sofort betäubt er mich nur so: „Ihr habt dort eine einzige Mißwirtschaft, Liederlichkeit und völlige Unfähigkeit, auch nur mit Bagatellen fertig zu werden', und packt den ganzen Unrat aus: „Ich", sagt er, „als ehrlicher, wachsamer Arbeiter, als Kommunist, weiß bis ins Kleinste, was gespielt wird. Solche Arbeiter wie euch und euren Direktor, brenne ich mit glühenden Eisen aus. Übrigens, du kannst mir noch von Nutzen sein. Ich denke, wir werden beide gemeinsam diesen überheblichen Krefin ausmerzen." Er spielte den Aufrichtigen und weihte mich unter dem strengsten Siegel der Verschwiegenheit in seine Praktiken ein. Ich stürzte von ihm fort wie aus dem Schwitzbad. Den ganzen Tag war ich von Sinnen, nachts schloß ich kein Auge und kam morgens in den Betriebsrat wie nach einem Fieber. Was geht bei uns vor? Was für Zeiten sind das, in denen wir leben? Wie konnte ein solcher Schmutz sich ausbreiten? Da erkannte ich zum erstenmal, welch ein Idiot, welch ein Lump und Verräter ich war. Wie konnte man so blind sein, wie konnte man aus freien Stücken, ohne es zu ahnen, und obendrein noch aus vollster Überzeugung, zum Schurken werden? Jetzt rennen Anjuta und ich gegeneinander. Alle Nähte platzen. Wohin sind wir gekommen!"

Wir beschlossen an diesem Abend, keinen Lärm zu schlagen, sondern die Angestellten zu beobachten und die Ereignisse abzuwarten.

Und unsere Geschichte liebt es nicht, mit Ereignissen zu säumen. Die Losung unserer Tage ist die eine: Auf dem Posten und Augen offen!

Ich erhielt von der Trustdirektion ein Telegramm, sofort hinkommen, dringende Angelegenheit. Ich weiß nicht weshalb, aber dieses Telegramm versetzte mich in Unruhe, und ich sah auf diesem großen Papierstück deutlich das selbstbewußte Gesicht Kowaliows mit seiner Mähne, die den Fühlern des Tintenfischs glich. Ich suchte Andrei auf. Er überflog die Depesche und verfinsterte sich. Er sah unter den Brauen hervor mit seinen Bärenäuglein auf mich, in ihnen war düstere Vorahnung.

„Geh also, Bruder. Sollte irgendwas sein, — depeschiere sofort."

Ich fuhr hin. Moskau erregte immer Mut und Unruhe in mir. Ich liebe Moskau. In seiner breit übereinandergetürmten Masse, die den Horizont aufsperrt, in seiner ordnungslosen Zusammenballung und Verstreuung, im märchenhaften Schutt der Kreml und der Chinesischen Stadt, in der Verschlungenheit der Straßen, Gäßchen und verlorenen Winkel, in den ansteigenden und abfallenden Straßen, in den gehetzten Menschen, im Dröhnen der Straßenbahnen, im Rasen der Automobile, in der unerwarteten Zählebigkeit seiner Altertümer, in diesem bunten, verrückten Gewirr liegt etwas unwiderstehlich Erregendes, Mitreißendes, Bestrickendes. Ich kam immer betrunken von Moskau nach Hause zurück, und mein Rausch dauerte sehr lange, selbst in Augenblicken angestrengter Arbeit. Dort hatte ich prächtige Freunde, dort hörte ich einst, unvergeßlichen Sturm in der Seele, Lenin auf den Kongressen der Partei und der Räte, dort schritt ich mit geschultertem Gewehr in den dichten Reihen der Roten Armee an demselben Iljitsch vorüber, dort in dem eigenwilligen, kraftvollen Wirbel brodelten die besten Jahre meines Lebens.

Doch dieses Mal fühlte ich sofort, daß ich ungern, mit einer Empfindung der Langeweile und der Übelkeit hinfuhr. Moskau erschien mir unfreundlich, mürrisch. Ich sah gleich den Schmutz, die Liederlichkeit, die qualvolle Unrast in diesen mir fremden Menschenhaufen. Der Himmel war naß, faul, ein übelriechender Regen sprühte herab, und dieses ganze Drunter und Drüber in den Straßen war schwer, feucht, feigig, feindselig. Zum ersten Male fühlte ich mich hier einsam und ein wenig krank.

Der Präsident des Trusts, erhaben, formell, mit silbernem Haupt und goldenen Zähnen, ganz brüchig, mit einem hölzernen Gesicht, erinnerte mich immer an einen Götzen. Erstarrt, verschlossen, beinahe stumm, so empfing er mich schweigend, ganz trübsinnige Gelangweiltheit, und sah aus irgendeinem Grund mit bleiernen Augen in ein Papier auf seinem Tisch. Ohne sein brüchiges Gesicht zu erheben, sagte er matt:

„Sie werden in den Trust versetzt, Genosse Muchin. Sie müssen in neuen Verhältnissen arbeiten, auf einem Posten mit höherer Verantwortung. Ihre Versetzung ist bereits mit dem Zentralkomitee vereinbart."

Mir schien, daß er an diesem Satz nicht weniger als eine Viertelstunde sprach. Und in meiner Brust war Schmerz und Trübsal.

„Ich muß der Trustdirektion erklären, daß ich die Fabrik nicht verlassen kann und mit der Versetzung nicht einverstanden bin."

Der Mann hob befremdet und streng die eine silberne Braue, aber das Gesicht quoll über dem Papier unbeweglich auf.

„Ihre Widerreden sind ungehörig, Genosse Muchin. Das Interesse des Staates kann auf die Interessen einzelner Personen nicht Rücksicht nehmen. Sie haben die Pflicht, widerspruchslos zu gehorchen. Haben Sie die Güte, im Laufe der Woche die Geschäfte dem neuernannten Direktor zu übergeben."

Wieder sprach er sehr langsam.

„Wem befehlen Sie die Geschäfte zu übergeben?"

„Dem Genossen Kowaljow."

Ich war meiner kaum Herr.

„Ist das auch mit dem Zentralkomitee vereinbart?"

„Natürlich."

„Ich kann ihm die Geschäfte nicht übergeben!"

„Warum das?"

„Es sind genügend Gründe vorhanden. Ich fahre ins Zentralkomitee. Ich kann das nicht zulassen."

„Sie müssen erklären, um was es sich handelt."

„Das ist ein Karrieremacher, ein Abenteurer, ein Schuft. Die Arbeiter werden ihn nicht über die Schwelle lassen."

„Nun, Genosse, das ist keine Begründung. Persönliche Gefühle und Abneigungen gehören nicht hierher. Sie sind ein altes Mitglied der Partei, ein erfahrener Wirtschaftler, und Sie reden so unsachliche Dinge. Sie sind diszipliniert genug, sich den Beschlüssen der Partei und der leitenden Staatsorgane zu unterwerfen."

Ich verließ sein Büro mit einem Sturm in der Seele. In voller Karriere sprengte ich ins Zentralkomitee. Dort wurde ich übel empfangen.

„Das geht doch nicht, Genosse. Dort setzt du Moos an. Du bist doch kein Zeisig, um im Käfig zu hocken. Die Flügel sind dir genügend gewachsen. Dein Käfig ist für dich zu eng geworden, habe die Güte, zu gehorchen, teurer Freund!"

(Fortsetzung folgt.)

Genossen, Alarm!

Willy Geburt

Wir armen Stempelbrüder und wir vom Wohlfahrtsamt,
wir sind in dieser Wirtschaft zum Hungertod verdammt!
Fabrik gibt uns nicht Arbeit, der Staat zu wenig Geld —
uns kann nur eins noch retten: Wir bau'n die neue Welt!
Drum, eh' mutlos die Hirne und kraftlos unser Arm,
reckt auf des Elends Stirne! Genossen, Alarm!

Den Hunger uns'rer Kinder woll'n wir nicht länger seh'n.
Auf Wiesen weiden Rinder, im Wind sich Mühlen dreh'n,
der Kaffee in Brasilien, Baumwoll' in U. S. A. —
was wir zum Leben brauchen, ist rings in Fülle da!
Drum' eh' mutlos die Hirne und kraftlos unser Arm,
reckt auf des Elends Stirne! Genossen, Alarm!

Die Güter dieser Erde, sie werden neu verteilt,
daß Hunger und Beschwerde in keinem Haus mehr weilt.
Wir stoßen von den Thronen des Geldsacks Tyrannei,
dann werden wir auch wohnen im Licht und sorgenfrei!
Drum, eh' mutlos die Hirne und kraftlos unser Arm,
reckt auf des Elends Stirne! Genossen, Alarm!

Ihr arbeitslosen Brüder, es gilt, der morschen Welt
den Todesstoß zu geben, daß sie in Trümmer fällt;
es gilt, den Grund zu legen des bessern Zukunftsstaats,
der glückdurchsonnten Heimat des Proletariats!
Drum, eh' mutlos die Hirne und kraftlos unser Arm,
reckt auf des Elends Stirne! Genossen, Alarm!

BRESLAU

An unsere Leser!

Mit dem heutigen Tage erscheint zum letzten Male die **provisorische** vierseitige Ausgabe der SAZ., die bis jetzt hier in Breslau gedruckt wurde. Morgen, Sonntag, den 1. November, erscheint zum ersten Male als Morgenzeitung die acht Seiten starke Ausgabe B (für Schlesien und Breslau) der SAZ. Sie wird in Berlin, wie ursprünglich beabsichtigt war, gedruckt werden. Völlig neu ist, daß die SAZ. täglich, außer Montag, erscheinen soll. Damit wird der Wunsch vieler Leser und Parteigenossen, eine auch am Sonntag erscheinende Zeitung zu besitzen, in Erfüllung gehen. Diejenigen, die durchaus auch am Montag eine Zeitung lesen wollen, werden sich von jetzt ab die „Fackel" abonnieren müssen, soweit sie nicht schon Bezieher dieser Wochenzeitung sind. Die Fackel ist gestern zum letzten Mal am Freitag erschienen.

Der „Volkswacht" müssen wir, so leid es uns auch tut, eine kleine Enttäuschung bereiten. Sie brachte gestern eine Notiz „Früh entschlafen", in der sie so tut, als wäre sie über die Angelegenheiten der SAZ. bis ins Kleinste orientiert. Die SAZ. könne sich nur dadurch halten, „daß sie vom 1. November ab als Berliner Zentralorgan mit Breslauer Beilage erscheint". Wir empfehlen den Genossen vom Fränkelplatz, sich doch einmal den Kopf der bisher erschienenen SAZ. etwas genauer anzusehen — schon da stand das Wörtchen „Zentralorgan" drauf. Mit einiger Logik also . . . .

Unsere Novelle!

Die bis jetzt von uns abgedruckte Novelle „Der Polyp" von Fjodor Gladkow wird auch in der achtseitigen Ausgabe der SAZ. auf der Seite „Breslau-Schlesien" weiterhin von unseren Lesern zu finden sein.

Achtung Kriegsbeschädigte beim Magistrat

Der Magistrat hat eine Rundverfügung Nr. 401 ergehen lassen, in welcher die einzelnen Verwaltungen aufgefordert werden, innerhalb 2 Wochen dem Lohn- und Tarifamt Angaben über die Höhe der von den einzelnen Kriegsopfern bezogenen Renten zu machen. Die Feststellungen sollen zur Vorbereitung evtl. Entlassungen dienen. Unserer Auffassung nach hat der Magistrat kein Recht, Angaben über die Höhe der Renten zu verlangen, da die Renten der Kriegsbeschädigten nach dem Reichsversorgungsgesetz auf Arbeitslohn p. p. nicht angerechnet werden dürfen. Wir fordern daher die Kriegsbeschädigten auf, keine Angaben über die Höhe ihrer Rentenbeträge zu machen.

Ein Arbeitsloser überfällt einen Briefträger

Am 26. Oktober 1931, gegen 9 Uhr, wurde in dem Hause Augustastraße 180 ein Geldbriefträger überfallen und durch einen Schlag mit einem Hammer auf den Kopf derart verletzt, daß er bis heute noch dienstunfähig ist. Die Täter, zwei Männer, ergriffen damals auf die Hilferufe des Ueberfallenen hin die Flucht und entkamen unerkannt. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurde ein stellungsloser Dentist aus der Gabitzstraße festgenommen. Von Augenzeugen wurde der Festgenommene mit Bestimmtheit als einer der Täter wiedererkannt. Er hat seinerzeit den Schlag mit dem Hammer geführt. Der Ueberfallene selbst, der damals die Täter nur ganz flüchtig gesehen hat, glaubt ebenfalls in dem Festgenommenen einen der Täter wiederzuerkennen. Der Festgenommene leugnet, an der Tat beteiligt zu sein. Das Amtsgericht, dem der Festgenommene zugeführt wurde, hat Haftbefehl erlassen.

Unterspülte Straßendecke

Am 30. Oktober ist in der Klosterstraße, zwischen dem Ohlauer Stadtgraben und der Feldstraße, eine Pflastersenkung eingetreten, sodaß der Straßenbahnverkehr dort eingleisig durchgeführt werden mußte. Die Senkung ist vermeintlich auf Undichtheiten des dortigen, schon alten Straßenkanals oder von dessen Anschlüssen zurückzuführen. Derartige Schäden können, wie vor einiger Zeit in der Bischofstraße, bei den alten Kanälen unvermutet auftreten, weil die Unterspülungen unter einer festen Straßendecke vorgehen und vorher nicht erkennbar sind. Es ist selbstverständlich nicht möglich, solche Schäden vorher festzustellen. Dazu müßten die alten Kanäle auf der ganzen Länge vollständig freigelegt werden, was unmöglich ist.

Parteitreue Arbeitersportler

„Parteitreue Arbeitersportler." Unter dieser Überschrift wälzt sich in der gestrigen Volkswacht ein „—r.", der eben so gut „Z—." zeichnen konnte, seinen Ärger von der geschwollenen Leber, weil sich die Breslauer Arbeitersportler ihrer „Tradition" gemäß in ihrer überwiegenden Mehrheit (mindestens zu 90%) hinter die Sozialistische-Arbeiter-Partei stellen und der SPD. wegen deren unsozialistischer Politik den Rücken gekehrt haben. Wir als Sozialistische-Arbeiter-Partei werden alles vermeiden, den politischen Hader in die Arbeiter-Sportbewegung zu tragen. Wir haben alle Ursache, die Einheit der Arbeitersportbewegung zu erhalten, weil wir glauben, daß die einige Arbeitersport-Organisation bei den kommenden politischen Auseinandersetzungen ein äußerst wichtiger Aktivfaktor sein wird. Wir haben aber absolut nichts dagegen, wenn —r. weiter in der geübten üblen Weise den paar „parteitreuen" Arbeitersportlern, die hier in Breslau noch bei der SPD. geblieben sind, (wohl kaum einer, weil er die „sozialistische" SPD.-Politik für richtig hält) klar zu machen versucht, daß ihr Verbleiben in dieser Partei, die durch solche gehässige Schreibweise die Einheit in der Arbeitersportbewegung zu stören sucht, sie nur bei der Mehrheit ihrer Sportgenossen in Mißkredit bringen kann. Nur weiter so lieber „—r."

Morgenfeier der SAJ.

Ein gutes Beispiel dafür, wie die Jugend „geschlossen" zur Partei steht, gab die am vergangenen Sonntag stattgefundene Morgenfeier der SAJ.

Genosse Gad M. Lippmann behauptete zwar in seiner Einführungsrede, die Versammlung beweise wieder einmal, daß „der weitaus größte Teil der Jugend treu zur SPD. stehe". Die kleine Aula des Heiligen Geist-Gymnasiums war zwar überfüllt, aber neunzig Prozent der Anwesenden waren — Kinder! Man hatte vorsorglich alle verfügbaren Kinder von den Kinderfreunden hingeschleppt, um den Saal zu füllen. Die übrigen Jugendgenossen haben wir gezählt: es waren 20.

Wenn Gen. Lippmann behauptet, unter Jugend verstehe er nicht nur die SAJ., sondern auch die Kinderfreunde-Jugend, so erwidern wir ihm:

Wenn unser Roter Jugend-Verband aufmarschiert, dann sind das mehr, als man gestern mit vieler Mühe von der SAJ. und den Kinderfreunden zusammengetrommelt hatte.

Wir fragen die Volkswacht: bestreitet ihr, daß gestern — obwohl mehrfach Ankündigungen erfolgt waren — im Gegensatz zu allen früheren Morgenfeiern nur etwa 20 SAJ.-Genossen erschienen waren? und das, obwohl ein berühmter Film auf dem Programm stand! Das wird euch schwer fallen. Und wenn ihr euch an die Versammlung im Zirkus Busch und an unsere Morgenfeier am letzten Sonntag im Zentraltheater erinnert und mal versucht, von der Ludendorffschen Berichterstattung für kurze Zeit wenigstens loszukommen — dann werdet ihr zugeben müssen, daß fast die gesamte Jugend zur SAP. gegangen ist.

Bei Lippmanns Rede erfreute uns das, wenn auch vorsichtige, Bekenntnis zu Rußland, während uns das — offenbar unvermeidliche — Geschimpfe gegen die „Spalter" sehr wenig am Platze schien, zumal Lippmann selbst unmittelbar vorher erklärt hatte, wir hätten uns jenseits aller Tagespolitik hier zusammengefunden. Die Aufführung des Films mußte leider unterbleiben, da der Polizeipräsident sie wegen mangelnder Feuersicherheit des Saales verboten hatte. Die SAJ. würde gut tun, ihre Feiern in Zukunft besser vorzubereiten, denn bei einem Brand des Filmstreifens hätte in diesem Raum tatsächlich unabsehbares Unheil geschehen können.

Den SPD.-Genossen möchten wir noch sagen, daß sie vor uns keine Angst zu haben brauchen: zwei unserer Genossen, kenntlich an den roten Fähnchen, wurden von den SAJ.-Genossen strafend, von den Kindern aber so angstvoll angeblickt, als wären sie leibhaftige „Bolschewiken".

Wichtige Kleinhandelspreise in Breslau

am 28. Oktober 1931
(Aufgestellt vom Statistischen Amt der Stadt Breslau)

Lebensbedürfnisse	Mengeneinheit	Durchschnittl. Preis in Rpf. am 29. 10.	21. 10.
Roggenbrot, 1. Sorte	1 kg	39	37
„ 2. Sorte	„	36	34
Roggenmehl, gewöhnliches	„	40	40
Weizenmehl, inländisches	„	44	44
Graupen, grobe	„	44	44
Weizengrieß	„	52	52
Haferflocken (lose oder offen)	„	56	56
Nudeln (inl. Wassernudeln)	„	68	70
Reis (Vollreis mittl. Güte)	„	56	56
Erbsen (gelbe, ungeschält)	„	48	48
Speisebohnen (weiße, ungeschält)	„	40	40
Linsen	„	60	60
Kartoffeln (ab Laden)	„	6	6
Weißkohl	„	10	10
Wirsing	„	16	16
Rotkohl	„	16	16
Spinat	„	34	32
Mohrrüben	1 Bund	6	7
Sauerkraut	1 kg	24	24
Sonstige Gemüse a) Oberrüben	1 Mdl.	33	32
b) Grünkohl	1 kg	17	19
Rindfleisch (Kochfleisch mit Knochen)	„	174	176
Schweinefleisch (Bauchfleisch, frisches)	„	148	144
Kalbfleisch (Kochfleisch)	„	176	180
Hammelfleisch (Kochfleisch)	„	236	236
Speck (fett, geräuchert, inland.)	„	214	216
Butter (inl., mittl. Sorte): a) Molkereibutter	„	304	296
b) Landbutter	„	266	256
Margarine (mittlere Tafel-)	„	140	140
Schweineschmalz: a) inländisches	„	192	194
b) ausländisches	„	120	120
Magerkäse (Harzer- und Kuhkäse)	„	90	86
Salzheringe: a) Norweger	„	40	48
b) Englische		60	72
Schellfisch (ohne Kopf, frisch)		76	84
Kabeljau (frisch)	„	76	88
Dörrobst (Backobst)	„	122	110
Gemahlener (feiner) Hauszucker	„	74	74
Eier	1 Stck.	12	12
Vollmilch im freien Handel	1 Ltr.	22	22
Kaffee-Ersatz, Korn, lose	1 kg	40	40
„ „ Gerste	„	40	40
Speisesalz	„	14	14
Steinkohlen (Hausbrand, frei Keller)	1 Ztr.	174	174
Briketts (Braunkohlen-), frei Keller	„	192	192
Gaskoks, frei Keller	„	242	242
Brennholz, gesagt, gebräuchl. Sorte, fr. Keller	„	350	350
Koch- und Leuchtgas	1 cbm	21	21
Elektrizität (Licht)	1 kwh	50	50
Petroleum	1 Ltr.	45	45
Soda (lose)	1 kg	16	16

PROVINZ

Brieger Stadtverordnetensitzung vom 28. Oktober

Die Tagesordnung selbst zeigte schon von vornherein wie immer einschneidender die Krise auf die Gemeinden einwirkt. Während in früheren Jahren fast keine Sitzung verging, in der nicht irgendwelche Vorlagen, die eine mehr oder weniger große Arbeitsgelegenheit durch den Bau von Straßen oder Wohnhäusern brachten, auf der Tagesordnung standen, ist jetzt davon fast keine Spur mehr zu finden. Nach den Wahlen der Beisitzer für das Mietseinigungsamt, Kleingartenschiedsgericht und Steuerausschuß, entspann sich eine etwas lebhaftere Aussprache zur Neuwahl des örtlichen Beirats für die Strafanstalt und das Gerichtsgefängnis. Trotzdem in der Debatte Kritik an der Untätigkeit der ihm bisher angehörenden Vertreter der bürgerlichen Einheitsliste und der SPD. geübt wurde, erfolgte deren Wiederwahl. Ein bezeichnendes Bild von der finanziellen Notlage der Stadt bot der von weit über 200 000 Mark auf ganze 22 915.07 Mark zusammengestrichene außerordentliche Haushaltsplan für 1931, der fast ohne Debatte angenommen wurde. Fraglich ist aber noch, ob diese Summe für die allernotwendigsten baulichen Ausbesserungsarbeiten überhaupt ausgegeben werden kann, denn erst muß das Geld dafür vorhanden sein. Nach Kenntnisnahme der Protokolle über die unvermuteten Revisionen der Stadthauptkasse und der Kasse der Betriebswerke, stimmte die Versammlung dem Anschluß an den Revisionsausschuß des schlesischen Städtetages zu. Bei der Debatte über diese Vorlagen berichtete der Oberbürgermeister Peppel, daß der bisherige Stadthauptkassenrendant Spieler aus Krankheitsgründen sein Pensionierungsgesuch eingereicht habe, der Magistrat aber aus Sparsamkeitsgründen und wegen gewisser innerer Spannungen, diese Stelle vorläufig nicht besetzen wird. Nach einer Vorlage über den Verkauf einer 5 qm großen Parzelle am Schloßplatz zum Preise von 10. RM. je qm an Frau Wottke, wurden vier weiteren verschiedenen Verpachtungsverträgen zugestimmt. Eine längere Debatte entspann sich über die Kenntnisnahme von der anderweitigen Festsetzung der Getränkesteuer und Bürgersteuer auf Veranlassung des Ministers des Innern und zwar: a) Der Getränkesteuer auf 10% des Kleinhandelspreises (bisher 5%), b) Der Bürgersteuer mit einem Zuschlage von 200% (d. h. mit dem dreifachen des Landessatzes).

Diese Vorlage, die schon vor der Etatsberatung im August einstimmig von der Versammlung abgelehnt wurde, ist nun auf dem Verordnungswege über den Regierungspräsidenten der Stadt aufoktroiert worden. So schwindet Stück um Stück der einst so vielgepriesenen kommunalen Selbstverwaltung unter dem Druck der Regierungsorgane dahin und wozu letzten Endes noch die Vertreter der Wählerschaft mit samt der Demokratie in den kommunalen Parlamenten sitzen, das soll wissen wer will. Genosse Nagel als Vertreter der SAP. protestierte gegen diese diktatorische Maßnahme. Er wies darauf hin, daß auch dieses Mittel zur Hebung der Finanzkraft der Gemeinden durchaus unzureichend ist, denn die Zahl der von den Gemeinden zu unterstützenden Wohlfahrtserwerbslosen steige dauernd weiter. Schuld an dem Wachsen des kommunalen Finanzelends tragen vor allem die Reichsregierung, die in den Jahren 1928—1930, als die Wohlfahrtslasten der Gemeinden durch das Einsetzen der verschärften Krise besonders zu steigen begannen, nicht das Arbeitslosenproblem in seiner Ganzheit erfaßt habe. Sie beließen die Dreiteilung in Versicherte, Krisenunterstützte und Wohlfahrtserwerbslose und verschärften damit die Not der Städte und Gemeinden, die zu deren Ruin führen muß. Am stärksten werden aber durch diese Steuern wieder der Teil der Bevölkerung erfaßt, der durch die Notverordnungen und den Lohnabbau besonders betroffen ist. Nachdem auch der Vertreter der KPD. gegen die Verschärfung des Massenelends protestierte, sprach dazu ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion und — wie dieser besonders hervorhob — „für die vernünftigen Arbeiter." Anschließend fand noch eine geheime Sitzung statt.

Unterschlagung eines Gemeindevorstehers

Görlitz. Wegen Amtsunterschlagung hatte sich vor dem Erweiterten Schöffengericht in Görlitz der frühere Gemeindevorsteher von Deutsch-Ossig, Franz Heinrich, zu verantworten. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, in den Jahren 1924 bis 1931 Gelder, die er in amtlicher Eigenschaft erhalten hatte, unterschlagen und Eintragungen in die Bücher gefälscht zu haben. Außerdem soll er im Jahre 1927 3500 Mark, die ihm von der Oberlausitzer Provinzialsparkasse in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher übergeben worden waren, für sich verwandt zu haben. Der Angeklagte, der das Amt 1919 übernahm und von Beruf Tischler ist, gab selbst an, von Kassenführung wenig Ahnung zu haben. Eine Kassenprüfung ergab, daß ein großer Teil der Einnahmen nicht verbucht, Ausgaben dagegen oft zweimal eingetragen waren. Es stellte sich ein Fehlbetrag von 15 000 Mark heraus. Der Angeklagte will im Laufe der Jahre die Übersicht über die Kassengeschäfte verloren haben. Auf die direkte Frage, wo das Geld der Gemeindekasse blieb, kann der Angeklagte keine Auskunft geben. Es wird ihm vorgehalten, Sektgelage veranstaltet zu haben, was von ihm bestritten wird. Zur Deckung des Fehlbetrages war das Geschäft des Angeklagten verkauft worden. Im ganzen sind der Gemeinde etwa 17 500 Mark Entschädigungsgelder zugegangen. Durch die eigenartige Buchführung wurde die Differenz lange Zeit verschleiert. Die Beweisaufnahme zeigte, daß mehrere Fälle auf ein bloßes Versehen des Angeklagten nicht zurückzuführen sind. Ein Teil der Schuld trug die verspätete Revision durch den Kreisausschuß. Gegen den Angeklagten wurde eine Gesamtstrafe von acht Monaten Gefängnis beantragt. Das Erweiterte Schöffengericht verurteilte den Angeklagten, der früher der SPD. angehörte, wegen schwerer Unterschlagung im Amt zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten. Die Untersuchungshaft von 8 Monaten wurde voll angerechnet.

Mord bei Lauban

Der des Mordes verdächtige Arbeiter Neumann wird dem Laubaner Amtsgericht zugeführt werden. Nach eingehender Durchprüfung seines Alibis kommt er als Mörder der Hildegard Schulze nicht mehr in Betracht. Auf Grund seines Geständnisses wird er wegen versuchten Notzuchtverbrechens angeklagt werden.

Nach den weiteren polizeilichen Ermittlungen ist die ermordete Hildegard Schulze am Mordtage, dem 24. Oktober, noch in Begleitung folgender, bisher noch nicht bekannter Personen gewesen:

Um 16,30 Uhr wurde sie auf der Breiten Straße bei dem Restaurant „Edelweiß" in angeregter Unterhaltung mit einem etwa 40jährigen Manne von mittlerer Größe beobachtet, der in Lauban wohnt. Er führte ein Fahrrad bei sich und ging mit dem Mädchen die Breitestraße entlang nach dem Stadtinnern zu. Im Oberkiefer hat der Unbekannte auffallende Zahnlücken. — Etwa 1½ Stunden später, also gegen 18 Uhr, ist Hildegard Schulze wiederum, und zwar vor ihrer Wohnung, Lichtenauer Straße 28, gesehen worden, als sie dort mit zwei jungen Männern auf dem Bürgersteig stand. Die beiden jungen Leute können 18 bis 20 Jahre alt gewesen sein. Einer von ihnen trug eine dunkle Schildmütze und einen dunklen Jackettanzug.

Da die Mordkommission im Interesse der Ermittlungen auf die Feststellung aller derjenigen Wert legt, die am Nachmittag des 24. Oktober mit Hildegard Schulze zusammen gewesen sind, werden die in Frage kommenden Personen unter erneutem Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung gebeten, sich umgehend bei der Mordkommission im Gasthof „Deutsches Haus" in Lauban als Zeugen zu melden. — Die Mordkommission verfolgt bereits eine bestimmte Spur, über die im Interesse der Ermittlungen jedoch noch nichts Näheres gesagt werden kann.

Ein Schießwütiger

Im Dorf Pronzendorf im Kreise Steinau a. d. Oder spielte sich im Lokal der Frau Flöter, am Donnerstag abend eine schwere Bluttat ab. Der Sohn der Wirtin, der 38 Jahre alte Kaufmann Flöter aus der Hermannstraße im Breslauer Odertor-Viertel, der bei seiner Mutter zu Besuch weilte, geriet nach der Vertilgung einer erheblichen Menge Alkohol mit den im Lokal anwesenden Gästen in Streit. Besonders hatte er es auf den Lehrer Wilhelm abgesehen. In sinnloser Wut suchte Flöter schließlich das Lokal zu räumen. Als die Gäste der Aufforderung nicht sofort folgten, zog er einen Revolver und feuerte mehrere Schüsse auf den Lehrer ab, der schwer verwundet zusammenbrach. Wilhelm hat drei Kugeln in den Oberschenkel, in die Schulter und in den Hals erhalten und wurde bewußtlos in das Krankenhaus Bethanien in Steinau gebracht. Als Flöter mit der Schießerei begann, sprang seine Mutter dazwischen. Dabei wurde sie gleichfalls getroffen. Eine Kugel zerschmetterte ihr den linken Oberarm. Die aus dem Lokal geflüchteten Gäste benachrichtigten den Oberlandjäger von Pronzendorf, der Flöter verhaftete. Die Mutter wurde in das Krankenhaus Bethanien in Steinau gebracht, der schießwütige Sohn in das Amtsgerichtsgefängnis in Steinau. Der Zustand des schwerverletzten Lehrers ist auch heute noch besorgniserregend.

ARBEITERSPORT

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

An alle Abteilungen! Die für den am 31. Oktober angesetzte Sitzung für Funktionäre und Vorstandsmitglieder fällt umständehalber aus.

Strehlen

„Werbeschau" der Freien Turnerschaft

Sonntag, den 1. November 1931, ab 16 Uhr, bei Scupin. Darbietungen: Gymnastik nach Musik der Männer, Frauen und Kinder. 3 Sprechchöre. „Der Tanz um die Lohnfüll", „Rote Rebellen", „Funktürme sprechen". Humoristische Einlagen. Eintritt: Erwachsene 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., Kinder in Begleitung Erwachsener 10 Pfg. Abends: Tanz. Eintritt 50 Pfg.

ARBEITERSCHACH

Arbeiter-Schach-Verein, Breslau. Sonntag, den 1. November, vorm. 9 Uhr, 2. Runde der Abt.-Wettkämpfe in Zimpel bei Wittke.

Naturwissenschaftlicher Arbeiter-Verein Cyklop, Breslau

Sonntag, den 1. November 1931, von 10—12 Uhr: Zierfischbörse. Kauf und Tausch von Zierfischen. Bei Urbanke, Margarethenstraße. Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat Vereinsabend.

Organisations-Nachrichten der SAP.

Partei-Büro: Breslau 4, Friedrich-Wilhelmstraße 16.
Bürozeit von 8—13 und von 16—19 Uhr
Sonnabends von 8—14 Uhr.
Telefon Nr. 567 68.

Alzenau Krs. Brieg
Mittwoch, den 4. November, öffentliche Versammlung. Referent: Rausch.

Strehlen
Sonnabend, den 31. 10. 31. 20 Uhr erste Mitgliederversammlung im Selbsthilfeheim.

Distriktsführer: Die Mitgliedszahlen der einzelnen Distrikte sind sofort nach dem Büro zu geben. Für jeden Übertritt ist auch ein Schein auszufüllen, damit wir Unterlagen für unsere Kartei haben.
Distriktslokale sofort im Parteibüro melden.
Beitragsmarken sind möglichst bald abzurechnen.

Abteilung Süd/West
Montag, 20 Uhr, bei Bräuer, Gabitzstraße, Frauenversammlung. Referent anwesend.

Abteilung Ohlauer Tor (Distrikte 20, 27, 28, 29 und 43)
Montag, den 2. November, 20 Uhr, in der Monistischen Gemeinde, Grünstr., Abteilungsversammlung. Tagesordnung: I. Was kettet die SPD. an das Bürgertum? Referent: Genosse Kirstein. II. Abteilungsangelegenheiten. Zu dieser Versammlung können Gäste durch Mitglieder eingeführt werden.

Distrikt 37/40
Montag, 20 Uhr, bei Martin, Schönstraße Distriksversammlung. Referent: Genosse Seewald.

Schießklub Breslau
Sonntag, von 8—12 Uhr, im Schießwerder, Übungsschießen. Alle Jungstaffeln von 8—10 Uhr. Altstaffeln von 10—12 Uhr.

Achtung Erwerbslose!
Rat und Auskunft in allen Angelegenheiten erteilt werktäglich (außer Sonnabend) von 9—11 Uhr die Erwerbslosenkommission der SAP., Seydlitzstraße 1 Heim 4.

Sozialistischer Jugend-Verband Breslau

Heim 8, Scheitnig
Sonntag, 8 Uhr, Treffpunkt Oswitz, Endstation der Linie 15. Schnitzeljagd.

Deutscher Freidenker-Verband

„Massenelend, Kirche und Freidenkertum"

lautet das Thema der öffentlichen Freidenkerversammlung der RAG, Ortskartell Breslau, am Sonntag, den 1. November, 18 Uhr, im Saale der Monistischen Gemeinde, Grünstraße 14/16, es spricht der in Breslau bestbekannte Freidenkergenosse Kurt Kramer, Leipzig. Eintritt: Vollarbeiter 20 Pf., Arbeitslose 10 Pfg.

Krematoriumsführung

Der Deutsche Freidenkerverband Ortsgruppe Breslau, veranstaltet am Sonntag, den 1. 11. 10 Uhr, eine Führung durch das Breslauer Krematorium. Wir empfehlen allen Arbeitern und Arbeiterinnen, die an fortschrittlichen Bestattungsmethoden Interesse haben, sich recht zahlreich einzufinden. Zur Deckung der Unkosten wird ein kleines Eintrittsgeld erhoben.

Freidenkerjugend

An alle! Am Sonnabend 19.30 und Sonntag vormittag, findet im Arbeiterheim, Siebenhufenerstr. 11, ein Kursus mit Genossen Kurt Kramer, Leipzig, statt. Thema: Marxismus und Freidenkertum. Beitrag 20 Pfg. Die Karte gilt auch für die Versammlung am Sonntag, 18 Uhr, in der Monistischen Gemeinde, Grünstr. 14/16. Karten sind bei den Funktionären zu haben.

„Terror und unpädagogische Wühlarbeit der SAP."

Unter diesem Titel gibt die „Volkswacht" in ihrer Nummer vom 26. Oktober d. J. einen Bericht über die Elternmitglieder-Versammlung der Partei-Kindergruppe der SPD. In diesem Bericht führt man alle Eltern und Genossen bewußt irre, indem man behauptet, daß die „Arbeiterkinderfreunde" nunmehr „der SAP. unterstellt und nur ihre Filiale" wären. Man schreibt von „Terror und unpädagogischer Wühlarbeit" und beschuldigt die Helferschaft der Spaltung.

Wir können dagegen feststellen, daß lediglich durch die Geschlossenheit der Helferschaft eine Spaltung in der „Kinderfreundebewegung" in Breslau verhindert worden ist. Nur durch die Verantwortung und Hingabefreudigkeit dieser Helferschaft ist es möglich geworden, ihre ernste und verantwortliche Erziehungsarbeit fortzusetzen. Dieselben Helfer werden jetzt in der „Volkswacht" als „fanatisierte Führer" hingestellt. Wir können in dieser Bezeichnung freilich keine Herabsetzung erblicken, denn wir wissen, daß die Arbeiterbewegung vor dem Kriege auch nur dadurch groß werden konnte, daß sie mit Fanatismus, mit ganzer Begeisterung und all ihrem Können sich für die sozialistische Gedankenwelt einsetzte. Ablehnen muß es die Helferschaft, und zwar aus Liebe zum Arbeiterkind, Mitglieder und Funktionäre einer Partei zu sein, unter deren Duldung das Elend der Eltern und der Kinder ins Ungemessene vermehrt wird, so daß alle Erziehungsarbeit nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeutet.

In der Eltern-Mitgliederversammlung der „Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde" vom 13. Oktober dieses Jahres ist einmütig der Beschluß gefaßt worden:

„Die Versammlung erklärt sich solidarisch mit den Beschlüssen der Hauptversammlung vom 11. 10. 31 (in der die Loslösung von der SPD. und die Überparteilichkeit der sozialistischen Erziehungsbewegung erklärt wurde). Sie erklärt sich angesichts der Haltung der SPD. gegenüber den Breslauer „Arbeiterkinderfreunden" vor allem damit einverstanden, daß bei aller Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit die Helferschaft der Breslauer „Arbeiterkinderfreunde" ihren politischen Rückhalt in der SAP. sieht. Die Elternschaft hat das Vertrauen zu den Helfern, daß sie mit den Kindern und Eltern zusammen das Werk der sozialistischen Erziehung in der „Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde" Breslau konsequent weiterführen werden."

Die „Volkswacht" dagegen schreibt:

„Die angeblich vergewaltigte Meinungsfreiheit, die durch die Gründung der SAP. gerettet sein soll, erschien im Laufe der Aussprache in recht sonderbarem Licht. Mit Schlagworten von „richtigen" und „falschen" Kinderfreunden sucht man Kinder und Eltern zu gewinnen und denkt nicht daran, etwa die Überzeugung gelten zu lassen, daß Eltern ihre Kinder in die der Reichsarbeitsgemeinschaft angeschlossene Organisation schicken. Zusammenfassend kann zu dieser Aussprache gesagt werden, daß die Kampfmethoden der anderen erkennen lassen, daß ihnen die Kraft der Idee fehlt und sie deshalb zum kleinlichen demagogischen Gestänker greifen, ja sogar ihre pädagogischen Ideale vergewaltigen."

Aus diesen Sätzen spricht eine so niedrige Gesinnung, wie wir ihr bisher nur im Kampfe mit den Feinden des Sozialismus begegneten. Wenn wir trotzdem noch einmal dazu Stellung nehmen, so geschieht es gewiß nicht, um die Gesinnung unserer Helfer in Schutz zu nehmen, die sich durch eine solche Kampfesart nicht getroffen fühlen können, sondern lediglich aus dem Grunde, um den Lesern der „Volkswacht" zu beweisen, mit welchen Lügenmethoden die SPD. die Arbeit der „Kinderfreundebewegung" tot machen möchte. Wir fordern hiermit alle Falken und solche Eltern, welche glauben, bewußt von uns irregeführt worden zu sein, auf, dies der „Volkswacht" zu melden und hoffen, daß die „Volkswacht" dann diese Meldungen veröffentlichen wird, um den Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen.

Mit welchen Mitteln gegen uns gearbeitet wird, geht daraus hervor, daß man von der anderen Seite den Eltern unserer Kinder das Haus einläuft, um ihnen zu sagen, daß wir kein Recht mehr auf Kinderrepubliken, Ferienfahrten und Fahrpreisermäßigungen haben. Aber die Fälle, in denen SPD.-Eltern die Eltern unserer Kinder auf alle Arten zu bearbeiten versuchen, wie es z. B. in Tschansch und in Dürrgoy geschehen ist, sind so zahlreich, daß wir sie im einzelnen gar nicht anführen können. Sie beweisen nur immer wieder, wie sehr man unsere Stärke auf der anderen Seite anerkennt und sich bewußt ist, daß mit anständigen Mitteln gegen uns nichts auszurichten ist. Die Beurteilung dieser Handlungsweise überlassen wir den Eltern. Wir haben keine Sorge darum, daß uns Schaden geschehen könnte. Die Kraft unserer Idee, die lebendige Bejahung und die schöpferische Gestaltung der sozialistischen Zukunft wird sich bei der Revolutionsfeier am 9. November zeigen.

Die Opferfreudigkeit der Helfer, der Eltern und Genossen wird auch in Zukunft den Arbeiterkindern in allen ihren Nöten Hilfe und Unterstützung bringen und wie bisher werden Ferienfahrten, Kinderrepubliken, lebendige Ausgestaltung der Gruppenzusammenkünfte selbstverständlicher Arbeitsinhalt der sozialistischen Erziehung sein. Gegenüber dem Vorwurf der „Unpädagogik" brauchen wir nur auf die „pädagogischen" Kräfte der Parteikindergruppe hinweisen. An unserer Arbeit werden alle Schmutzkübel der „Volkswacht" nichts ändern können und alle vorurteilslosen, nicht befangenen Eltern werden mit gleicher Intensität und Liebe ihre Kraft weiter in den Dienst der Erziehungsbewegung stellen. Unsere Erziehungsarbeit ist nicht an Parteidogmen gebunden, wir lassen sie deshalb nicht zur Parteikinderbewegung werden, sondern wollen klassenbewußte, kampfesfreudige, solidarische Kämpfer der Zukunft erziehen. Darum heißt die Losung:

Hinein in die sozialistische Erziehungsbewegung, hinein in die „Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde"! Stützt und fördert sie mit allen Kräften!

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde

Geschäftsstelle: Friedrich-Wilhelm-Straße 16

Wochenzettelein lieferungen jetzt immer spätestens bis Freitag bei Genossen Leo Kaufmann, Königsplatz 5, abgeben.

Achtung! Rote Falken! Werbt fleißig für unsere Bewegung, jeder Falke ist regelmäßig in unseren Gruppenzusammenkünften.

Am 9. November nehmen sich alle Arbeiterkinder schulfrei. Entschuldigungszettel Ende der Woche erhältlich.

Voranzeige. Revolutionsfeier im Arbeiterkino „Proleton". Alle Falken und Arbeiterkinder sollen diese besuchen. Nähere Mitteilungen erfolgen noch.

Parlamentszusammenkunft. Heut, Heim, Seydlitzstr. Alle Vertreter sind bestimmt anwesend.

Die Programmkommission für die 10 Jahrfeier trifft sich Sonntag, 9 Uhr, bei Genossen Willi Geburt, Zimpel, Rebhuhnweg 35.

Abteilung 1, Ohlauer Tor
Sonntag, 14—18 Uhr, Nest-, Jungs- und Rotfalken.

Abteilung 3, Sandtor—Odertor
Sonntag Bunter Nachmittag, Tanzen in der Turnhalle der Klotschkeschule. Nestfalken von 15—17 Uhr.
Jungs- und Rotfalken von 17—19 Uhr.

Abteilung 4, Nikolaitor. Heim Friedrich-Wilhelm-Straße 45. Heut, von 17 bis 19 Uhr, Rot- und Jungfalken in der Turnhalle Andersenschule.

Abteilung 5, Gräbschen. Heim Seydlitzstraße
Heut, 17 Uhr, Nestfalken 1, im Heim. Jung- und Rotfalken, Bewegungschor. Reichturnhalle, Bewegungschor. Turnkleidung mitbringen. Sonntag, 10 Uhr, alle Jungs und Rotfalken treffen sich am Neumarkt. Wir gehen zur Abteilung 3, Tanznachmittag.

Abteilung 10, Herrnprotsch, wird in Kürze wieder gebildet.

Abteilung 12, Hundsfeld
Heut, 20 Uhr, Eltern-Versammlung im „Gelben Löwen". Alle Eltern erscheinen und bringen Freunde und Bekannte mit.
Der Gruppenbetrieb wird nächste Woche wieder aufgenommen.

Arbeitereltern! Eure Kinder gehören zu den Arbeiterkinderfreunden. Bekanntmachungen in der neuen „Sozialistischen Arbeiterzeitung".

Alle Arbeiterkinder am 9. November schulfrei!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Klempner und Hilfsarbeiter. Die Branchenversammlung am 2. November fällt aus.

Vorzeichner und Anreißer. Mittwoch, den 4. November, 19.30 Uhr, Zimmer 17, Gewerkschaftshaus.

Bauschlosser. Donnerstag, den 5. November, 19.30 Uhr, Zimmer 9 Gewerkschaftshaus.

Installateure und Helfer. Die Branchenversammlung am Sonnabend, den 7. November fällt aus. Nähere Einladung ergeht noch.

Vom General zum Republikaner und Pazifisten! Über dieses Thema spricht am kommenden Montag der erste Vorsitzende der „Deutschen Friedensgesellschaft", v. Schoenaich, im Vinzenzhaus. Wir können unseren Genossen diese Veranstaltung der DFG. nur empfehlen und weisen auf das Inserat in unserer heutigen Ausgabe. Eintritt: 30 Pfg., Frauen und Erwerbslose: 10 Pfg.

Rundfunk-Programm Breslau (325), Gleiwitz (253,4)

Gleichbleibendes Wochentags-Programm. 6.30: Wecken; anschließend: Funkgymnastik. 11.15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse. 11.35: Erstes Schallplattenkonzert. 12.35: Wetter. 12.55: Zeitzeichen. 13.10: Zweites Schallplattenkonzert. 13.35: Zeit, Wetter, Börse, Presse. 13.50: Zweites Schallplattenkonzert (Fortsetzung). 14.45: Werbedienst mit Schallplatten. 15.10: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Sonntag, 1. November. 7.30: Morgenkonzert auf Schallplatten. 9.00: Aus der Stadtkirche zu Wittenberg: Morgenkonzert am Reformationsfest. 9.30: Aus der Stadtkirche zu Wittenberg: Reformationsgottesdienst, Glockenläuten der Stadtkirche. 11.00: Aus Breslau: Ratgeber am Sonntag: 11.00: Rätselfunk, 11.10: Schachfunk. Anregungen für Schachspieler, Adolf Kramer. 11.30: Aus der Thomaskirche in Leipzig: Reichssendung der Bach-Kantaten. Kantate zum 22. Sonntag nach Trinitatis: „Gott der Herr ist Sonn' und Schild" von Johann Sebastian Bach (G. A. 79). Mitwirkende: Lotte Wolf-Matthäus (Sopran), Johannes Oettel (Baß), Günther Ramin (Orgel), Friedbert Sammler (Cembalo), das Städtische und Gewandhausorchester, der Thomanerchor, Leitung: Thomaskantor Dr. D. Karl Straube. 12.15: Aus Königsberg: Mittagskonzert des Orag-Orchesters: Leitung: Eugen Wilcken. 14.00: Aus Breslau: Mittagsberichte. 14.10 Ratgeber am Sonntag: 14.10: Zehn Minuten Verkehrsfragen, Regierungsrat Bergmann; 14.20 Was der Landwirt wissen muß! Beobachtungen bei Kartoffelbesichtigungen, Landwirtschaftskammerrat Dr. Otto Oberstein. 14.35: Zehn Minuten Modefragen, Hanni Stein-Gerstel. 14.50: Die Reformation in Schlesien, Pfarrer Lic. Eberlein. 15.10: Was geht in der Oper vor? Leitung: Werner Jacob. 15.30: Jugend und Alkohol. Ein Rückblick auf die Reichsschulwoche für alkoholfreie Jugenderziehung. Elfriede Raschke. 15.45: Zupfmusik der Vereinigten Mandolinen- und Gitarren-Freunde 1927. Leitung: Karl Leuschner. 16.25: Der Arbeitsmann erzählt: Jugendliche und Erwerbslosigkeit. Max Hilbig. 16.45: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle. Leitung: Franz Marszalek. 18.00: Was kein Auge gesehen. Alfons Maria Hartel. 18.20: Für die Landwirtschaft; anschließend: Lieder. Edith Schneiderhan (Sopran), am Flügel: Dr. A. Maschat. 18.50: Wiederholung der Wettervorhersage; anschließend: Sportresultate vom Sonntag. 19.00: Grenzland im Westen: Rhein-Übergang bei Maxau. Ernst Glaeser, Sprecher: Herbert Brunar. 19.30: Zur Auswahl gestellt! Das Funkmagazin der Woche. 20.00: Aus Leipzig: Die große Unbekannte, Operette von Franz von Suppé. 22.20: Aus Breslau: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.50: Unterhaltungsmusik der Funkkapelle, Leitung Franz Marszalek. 0.30: Funkstille.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: R. Pfaff, Breslau
Verlag: Josef Ernst, Berlin SW 68
Druck: Th. Schatzky AG, Breslau 5

Deutsche Friedensgesellschaft Ortsgruppe Breslau
(Bund der Kriegsgegner)

Generalmajor a. D. Freiherr
von Schoenaich
Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft
spricht am
Montag, den 2. November 20,15 Uhr
im Vinzenzhaus, Seminargasse 1

Vom preußischen General zum Republikaner und Pazifisten.

Vollarbeiter 0.30, Frauen und Erwerbslose 0.10

Haase Spezial-Ausschank
Gabitzstraße 22 — Tel. 351 52
Im Hause des Proleton
das Familienlokal des Südens
Reichhaltige Mittag- und Abend-Karte bei mäßigen Preisen.
Gepflegte Biere.
Vereinszimmer und Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art.

Proleton
Gabitzstraße 20-22
Möchernstraße 49
Anfangszeiten 4.30, 6.40, 8.50 Uhr

Vom 30. Oktober bis 5. November:
Gassenhauer
Regie: Lupu Pick
Im Beiprogramm:
Kabarett-Tonfilm
Ping und Pong im Lunapark
Neueste tönende Wochenschau
Im Varietéteil auf der Bühne:
Zauberkünstler Berge:
„Die geheimnisvolle Nacht"
Für Jugendliche verboten!

Werbt Abonnenten!

Bettfedern-Verkauf
zu staunend billigen Preisen!
Reine Gänsefedern handgeschlissen Pfund 3.50, **4.50**
Allerbeste Sorte schneeweiß, daunig Pfund nur **5.50**
Schneeweiße Volldaunen Pfund nur **8.50**
Jos. Blumenfeld, Breslau
Oderstraße 12, 1 Treppe / Telefon 537 24.

Bestellschein!

Hiermit abonniere ich die SAZ.
Sozialistische Arbeiterzeitung

Name: .....

Wohnung: .....

Beruf: .....

Bestellungen sind abzugeben im: Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterpartei, Friedrich-Wilhelm-Straße 16, Telefon 567 68; Redaktion der „Sozialistischen Arbeiterzeitung", Neue Graupenstraße 5, II, links, Tel. 206 02 und sämtl. Funktionären der SAPD.